

# NatWiss Beirat und MV 2014

1. März 2014, 11:00 Uhr

## Rüstungsforschung und Zivilklauseln

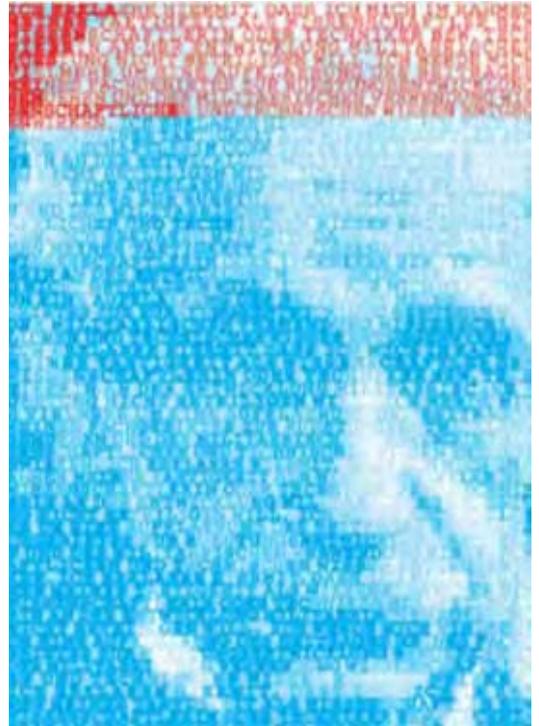
(Dietrich Schulze, Lucas Wirl)

## Material zum Beitrag Dietrich Schulze

- In vier Sätzen das Wichtigste (S. 2)
- Wie viele Zivilklauseln gibt es? (S. 3)
- Texte aller Zivilklauseln (S. 4-5)
- Osnabrück: TOP-Aktuell - Uni-Vize verschwieg US-Militär-Projekt (S. 6)
- Freiburg: Friedensforum fragt zur Kriegsforschung für das Pentagon (S. 6)
- Marburg: Stadtrat für Zivilklausel und gegen Forschung für US-Luftwaffe (S. 7)
- Rostock: Kritische Uni „HRO verstößt wieder gegen Zivilklausel“ (S. 8-9)
- Karlsruhe: LINKE Bundestagsfraktion unterstützt Forderung nach sofortiger Beendigung der laufenden KIT-Forschung für die US-Navy (S. 10)
- Braunschweig: TU AStA zur Enthüllung von 36 Militärprojekten (S. 11)
- NRW: campus:grün zum Entwurf des Hochschulzukunftsgesetzes (S. 12)
- Baden-Württemberg: NRhZ-Artikel »Freiräume sehen anders aus« über Aktuelles u. Vergangenes zur Wählertäuschung durch Grün-Rot (S. 13-14)
- Neue Linie: „Transparente“ Militärforschung an den Hochschulen (S. 15)
- Rüstungslobby warnt und wütet gegen die Zivilklausel (S. 15-17)
- Spezialfall Krause ISPK Kiel: Doku über Rüstungsfanatiker (S. 18-19)
- Der Antipode: NRhZ-Artikel »Rüstungsgegner Rudolf Diesel« (S. 20-22)
- Vier Vorbilder für die Studis: Kühnl, Buckel, Kamke, Diesel (S. 23)
- Wort Lang-Wojtasik (PH Weingarten) zur Aktionskonferenz (S. 24-26)
- Unterschriftenkampa »Lernen für den Frieden« wird fortgesetzt (S. 27)
- »An Schulen und Hochschulen ansetzen« Roland Blach in der jW (S. 28)

NatWiss

Verantwortung für Frieden  
und Zukunftsfähigkeit e.V.



**Zusammenstellung 23.2.14:** Dr.-Ing. Dietrich Schulze dietrich.schulze@gmx.de  
Mitglied im SprecherInnenkreis der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten  
Web-Dokumentation der Initiative <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>  
Beirat NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V.

# In vier Sätzen das Wichtigste

- (1) Rüstungs- und Kriegsforschung an Hochschulen in jeder Form und Verpackung aufreißen, öffentlich skandalisieren, zurückdrängen und verhindern.**
- (2) Dafür sind Zivilklauseln mit Transparenzklauseln ein überzeugendes Mittel der Hochschulgemeinschaft im Interesse des Gemeinwohls und des Friedens.**
- (3) Freiheit, Selbstbestimmung und Qualität erfordern die öffentliche Vollfinanzierung der alma mater.**
- (4) Der Charme der Zivilklausel für eine Wissenschaft der Aufklärung, der Humanisierung der Lebensverhältnisse und der weltweiten Solidarität muss noch konkreter entwickelt werden.**

# Wie viele Zivilklauseln?

Kürzlich tauchte in einem Flyer-Entwurf des Kampagnenrats „Schulfrei für die Bundeswehr“ die Zahl 15 für die existierenden Zivilklauseln auf. Den FreundInnen schrieb ich dazu nach bestem Wissen und Gewissen folgendes:

Diese Zahl ist nicht problemfrei. Zu den [14 Zivilklauseln](#) von Mitte letzten Jahres gibt es zwei Neuigkeiten: Senatsbeschlüsse am 4. Dezember 2013 in der Uni Kassel und am 29. Januar 2014 in der Uni Freiburg.

Der AStA der Uni Kassel hält die Zivilklausel für einen Papiertiger, weil keine Offenlegung der Militärforschung drin ist, obwohl es welche gibt. Peter Strutynski weiß das und hat im Kasseler Friedensratschlag dennoch von einer Zivilklausel gesprochen. Zur Illustration ein [Video](#).

Der AStA der Uni Freiburg meint ebenfalls, dass der Beschluss keine vollwertige Zivilklausel sei, aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Es kommt erschwerend hinzu, dass die Zivilklausel der Uni Göttingen vom 13.02.2013 im Sinne der benannten ASten auch keine echte Zivilklausel ist.

Das war auch meine öffentlich geäußerte Meinung, habe die Göttinger dennoch im Juli 2013 in die Liste ([Bild unten](#)) eingereiht.

Was ist die Schlussfolgerung für die Anzahl? Wenn im Flyer 16 Zivilklauseln erscheint, wäre das in einem solchen allgemeinen Text nicht unzulässig.

Dietrich Schulze, 19. Februar 2014

## 14 Unis mit Zivilklausel



WESTFÄLISCHE  
WILHELMS-UNIVERSITÄT  
MÜNSTER

Universität  
Rostock



TECHNISCHE  
UNIVERSITÄT  
ILMENAU



TECHNISCHE  
UNIVERSITÄT  
DARMSTADT

GOETHE  
UNIVERSITÄT  
FRANKFURT AM MAIN



GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT  
GÖTTINGEN



Hochschule Bremerhaven

53°32'N

HOCHSCHULE BREMEN  
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

EBERHARD KARLS

UNIVERSITÄT  
TÜBINGEN



Bilanz 17. Juli 2013: Fünf historische Zivilklauseln (unten) und neun neue (oben) seit Urabstimmung KIT Karlsruhe Jan. 2009

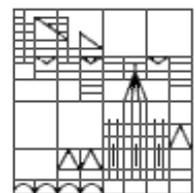


Universität Bremen

Universität  
Konstanz



technische universität  
dortmund



NatWiss-Umfrage

Natascha Bisbis „Wissenschaft & Frieden“ 2/2010

›Freiheit der Wissenschaft‹ & ›Kreative Unruhe‹

dietrich.schulze@gmx.de

# Liste der Zivilklauseln

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140218.pdf>

**Notwendige Anmerkung: Der AStA der Uni Kassel hat für den Senatsbeschluss vom Dez. 2013 den Begriff Zivilklausel abgelehnt. Andere ASten sehen ihre Uni-Beschlusstexte nicht als vollwertige Zivilklausel an, aber als Schritt in die richtige Richtung. Nachfolgend alle relevanten Texte.**

*Dietrich Schulze, 18. Februar 2014*

## 16 Uni Freiburg

Beschluss des Senats Januar 2014 für die Grundordnung:

*„Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung müssen – unter Wahrung der grundgesetzlich garantierten Wissenschaftsfreiheit – auf friedliche Ziele ausgerichtet sein.“*

## 15 Uni Kassel

Beschluss des Senats Dezember 2013 für die Teilgrundordnung:

*„Forschung und Entwicklung, Lehre und Studium an der Universität Kassel sind ausschließlich friedlichen Zielen verpflichtet und sollen zivile Zwecke erfüllen; die Forschung, insbesondere die Entwicklung und Optimierung technischer Systeme, sowie Studium und Lehre sind auf eine zivile Verwendung ausgerichtet.“*

## 14 Uni Münster

Beschluss des Senats Juli 2013:

*„Forschung, Lehre und Studium an der Universität Münster sind auf zivile und friedliche Zwecke ausgerichtet.“*

## 13 Uni Frankfurt am Main

Beschluss des Senats März 2013:

*„Lehre, Forschung und Studium an der Goethe-Universität dienen zivilen und friedlichen Zwecken.“*

## 12 Uni Göttingen

Beschluss des Senats Februar 2013:

*„I. 1. Die Universität bekennt sich zum Frieden und zur Gerechtigkeit in der Welt. Die Universität und die in ihr tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind bestrebt, durch Forschung und Lehre dem Frieden der Welt zu dienen. Sie sind bei ihrem Handeln in Verantwortung für die Gesellschaft den der Wissenschaft immanenten ethischen Grundsätzen verpflichtet. 2. Der Senat wird die Zivilklausel in geeigneter Weise im Leitbild der Universität verankern. 3. Präsidium und Vorstand werden aufgefordert, durch geeignete organisatorische Vorkehrungen dafür zu sorgen, dass ihnen gegenüber Forschungsvorhaben mit erkennbar militärischem Zweck angezeigt werden. Hierüber ist einmal im Jahr in geeigneter Weise im Senat zu berichten.*

*II. Der Senat gibt folgende Erklärung zu Ziffer I.3. des Beschlusses zu Protokoll: „Forschungsvorhaben, deren Ergebnisse mittelbar oder sowohl für zivile als auch militärische Zwecke verwendbar sind*

*(z.B. die Beteiligung an der Entwicklung sogenannter Dual-Use-Güter), sind ausschließlich dann anzuzeigen, wenn absehbar ist, dass die Ergebnisse militärisch verwendet werden sollen.“*

## 11 TU Darmstadt

Beschluss der Universitätsversammlung im Oktober 2012 für Präambel der Grundordnung:

*„Forschung, Lehre und Studium an der Technischen Universität Darmstadt sind ausschließlich friedlichen Zielen verpflichtet und sollen zivile Zwecke erfüllen; die Forschung, insbesondere die Entwicklung und Optimierung technischer Systeme, sowie Studium und Lehre sind auf eine zivile Verwendung ausgerichtet.“*

## 10 Hochschule Bremerhaven

Beschluss des Akademischen Senats Juni 2012, im März 2013 auch im Leitbild verankert:

*„Die Hochschule Bremerhaven ist dem Frieden verpflichtet und konzentriert ihre Tätigkeiten auf zivile Zwecke. Sie erwartet von ihren Angehörigen ein ethisches Verhalten in Forschung und Lehre.“*

## 9 Hochschule Bremen

Beschluss des Akademischen Senats 2012:

*„Studium, Lehre und Forschung an der Hochschule Bremen dienen ausschließlich friedlichen Zwecken. Der Akademische Senat lehnt die Beteiligung von Wissenschaft und Forschung an Projekten mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab und fordert die Mitglieder der Hochschule auf, derartige Forschungsthemen und -mittel abzulehnen. Werden Forschungsvorhaben bekannt, deren Ergebnisse das friedliche Zusammenleben der Menschen bedrohen können, werden diese im Akademischen Senat hochschulöffentlich diskutiert.“*

Ergänzender Beschluss 12. Juni 2012:

*„Der Akademische Senat fordert das Rektorat auf, im Rahmen der Gestaltung der Verfahrensabläufe zur Beantragung von Forschungsmitteln sowie zur Durchführung von Auftragsforschungsprojekten (Drittmittelrichtlinie) sicherzustellen, dass die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Hochschule die Zivilklausel, die Anforderungen des Leitbildes der Hochschule sowie das Mitbedenkensgebot des § 7 Absatz 1 BremHG (Anmerkung: Bremisches Hochschulgesetz) beachten und ihre Forschungsvorhaben an den sich daraus ergebenden Maßstäben messen.“*

## 8 Uni Rostock

Beschluss Konzil 2011 für die Grundordnung:

*„Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Nachhaltigkeit bei der Nutzung der endlichen natürlichen Ressourcen erfolgen.“*

## **7 Uni Tübingen**

Aufgrund Senatsbeschluss in Präambel der Grundordnung 2010:

*„Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“*

## **6 TU Ilmenau**

Beschluss des Akademischen Senats 2010 für das Leitbild:

*„Grundlagen einer verantwortungsbewussten Lehre, Forschung und Entwicklung sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Autonomie und Selbstregulierungsfähigkeit der Universität sowie die friedliche, zivile Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse und die nachhaltige Bewahrung der menschlichen Lebensgrundlagen.“*

## **5 Uni Oldenburg**

Seit 2007 in der Grundordnung:

*„Alle an Forschung und Lehre beteiligten Mitglieder und Angehörigen der Universität haben die Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse zu bedenken. Werden ihnen Ergebnisse der Forschung, vor allem an der Universität, bekannt, die Gefahren für Gesundheit, das Leben oder das friedliche Zusammenleben herbeiführen können, sollen sie die Ethikkommission unterrichten.“*

## **4 TU Dortmund**

Beschluss des Senats 1991:

*„Der Senat der Universität Dortmund erklärt im Sinne einer Selbstverpflichtung, dass die Forschung an der Universität Dortmund ausschließlich zivilen Zwecken dient und auch zukünftig keine Forschungs- und Entwicklungsvorhaben durchgeführt werden, die erkennbar militärischen Zwecken dienen sollen.“*

Klausel im Mustervertrag für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben:

*„Der Auftraggeber verpflichtet sich, die an der Universität Dortmund im Rahmen des Vorhabens entstandenen Forschungsergebnisse ausschließlich für zivile Zwecke zu nutzen.“*

## **3 Uni Konstanz**

Beschluss des Großen Senats 1991:

*„Auch der Wissenschaft und Forschung kommt im Hinblick auf die angehäuften Waffenpotentiale in*

*unserer Zeit eine immer größere Verantwortung zu. Der Große Senat der Universität Konstanz erklärt hierzu, dass Forschung für Rüstungszwecke, insbesondere zur Erzeugung von Massenvernichtungswaffen an der Universität Konstanz keinen Platz hat und auch in Zukunft keinen Platz haben wird.“*

## **2 Uni Bremen**

Beschluss des Akademischen Senats 1986:

*„Der Akademische Senat lehnt jede Beteiligung an Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab und fordert die Mitglieder der Universität auf, Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können.“*

Beschluss des Akademischen Senats 1991:

*„Der Bewerber / die Bewerberin soll zukünftig an der Universität Bremen keine Militär- und Rüstungsforschung betreiben und sollte nicht aus Bereichen der Rüstungsforschung kommen.“*

## **1 TU Berlin**

Beschluss des Akademischen Senats 1991 (als Fortsetzung der vorher durch die Alliierten im Zusammenhang mit dem Vier-Mächte-Status Berlins erlassenen Zivilklausel):

*„Der Akademische Senat (AS) begrüßt die Diskussion innerhalb der Universität, die darauf abzielt, rüstungsrelevante Forschung auch nach Wegfall der alliierten Bestimmungen an der TU Berlin zu verhindern. Die Mitglieder des AS sind sich darüber einig, dass an der TU Berlin keine Rüstungsforschung durchgeführt werden soll. Weiterhin ist sich der AS auch im Klaren darüber, dass wissenschaftliche Ergebnisse nicht davor geschützt werden können, für militärische Zwecke von Dritten missbraucht zu werden.*

*Es sollen daher von der TU Berlin bzw. von ihren Forschungseinrichtungen keine Aufträge oder Zuwendungen für rüstungsrelevante Forschung entgegengenommen werden. Im Zweifelsfall soll die Antragstellerin oder der Antragsteller den Nachweis führen, dass das beabsichtigte Forschungsziel nicht primär militärischen Zwecken dient. Können bestehende Zweifel nicht ausgeräumt werden, wird abweichend von § 25 (4) HRG für rüstungsrelevante Forschungsvorhaben die Verwaltung der Mittel von der TU Berlin nicht übernommen. Mit hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in solchen Vorhaben, die aus Mitteln Dritter bezahlt werden, schließt die TU Berlin keine Arbeitsverträge ab. Jede Antragstellerin und jeder Antragsteller von Forschungsprojekten soll erklären, dass das betreffende Projekt nicht militärischen Mitteln dient. Eine entsprechende Änderung des Projekt-Anzeige-Formblattes durch die Verwaltung der TU Berlin soll vom Präsidenten veranlasst werden. Weiterhin werden von der TU-internen Forschungsförderung keine Mittel zur Durchführung rüstungsrelevanter Forschung bereitgestellt.“*

# Uni Osnabrück: TOP-Aktuelles 23.02.14

Wie die [Neue Osnabrücker Zeitung](#) berichtet, hat die Vizepräsidentin der Uni ein vom US-Militär finanziertes Forschungsprojekt verschwiegen. Das Institut für Kognitionswissenschaft forschte an der besseren Verschmelzung Mensch/Maschine auf dem Schlachtfeld. Die Studierenden werfen Täuschung vor. Das Aktionsbündnis Zivilklausel erklärt dazu, das sei der „Beweis, dass wir eine solche Klausel brauchen.“ Der Senat verschleppt eine Entscheidung zur Zivilklausel mittels Verweis an die Fachbereiche. Der AStA hatte am 19. Februar zusammen mit dem Aktionsbündnis eine [Info-Veranstaltung zu Militärforschung und Zivilklausel](#) mit den Referenten Volker Ranke, Philipp Möcklinghoff und Patrick Seele.



## Fragen an die Universität Freiburg

10. Februar 2014

<http://www.fffr.de/?p=2058>

### Kriegsforschung im Auftrag des Pentagon



### Fragen an Rektorat, Fakultäten, AStA der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

In den letzten Monaten wurden Finanzierungen der Universität Freiburg durch das Pentagon bekannt. Zudem kooperiert die Universität mit dem Fraunhofer Institut für Angewandte Festkörperphysik (IAF) und dem Fraunhofer Institut für Kurzzeitdynamik, Ernst-Mach-Institut (EMI). Beide sind in der Rüstungsforschung tätig und im Verbund für Verteidigungs- und Sicherheitsforschung (VVS). Diese Institute werden ebenfalls vom Pentagon und Bundesverteidigungsministerium finanziell unterstützt.

In diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund der Diskussion über die Einführung einer Zivilklausel haben wir folgende Fragen an die Universität:

1. Bestehen noch weitere Kooperationen mit in der Rüstungsforschung tätigen Organisationen?
2. Werden weitere Drittmittel von militärischen Einrichtungen wie dem Pentagon oder in der Rüstungsindustrie tätigen Firmen angenommen?
3. Wer bestimmt bei den Kooperationen die Fragestellung der Forschung und die Verbreitung der Forschungsergebnisse?
4. In den Rüstungsexportberichten der letzten Jahre werden mehrmals Exporte von „Verteidigungs“- und Sicherheitssystemen an repressive Regime wie die Vereinigten Arabischen Emirate angegeben. Können Sie Auskunft darüber geben, ob Technologien der genannten Kooperationspartner an Staaten, die Menschenrechte verletzen, und/oder in Krisengebiete geliefert wurden?
5. Bestehen weitere Kooperation oder Finanzierungen mit oder durch die Rüstungsfirma Northrop Grumman LITEF GmbH?
6. Wie ist die Kooperation mit den in der Rüstungsforschung tätigen Fraunhofer Instituten sowie die Finanzierung durch ein Rüstungsunternehmen wie Northrop Grumman LITEF GmbH mit einem „friedlichen Zusammenleben“, wie es in der Grundordnung der Universität beschrieben wird, vereinbar?

**PM: Keine Rüstungsforschung an der Uni Marburg**

**Fraktion Marburger Linke in der  
Stadtverordnetenversammlung**

Bahnhofstraße 6  
35037 Marburg

Fon: 06421-163873  
Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Spenden  
Konto-Nr. 176 239 07  
Volksbank Mittelhessen  
BLZ 513 900 00

**Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt  
unterstützt Forderung nach Zivilklausel**

Marburg, den 03. Februar 2014

Auf Initiative der Fraktion Marburger Linke hat die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt mehrheitlich einen gemeinsamen Antrag von Linken, SPD und Bündnis90/Die Grünen beschlossen, in dem kritisiert wird, dass

*„an einem Institut der Philipps-Universität mit Mitteln der US-*

*Luftwaffe Forschung betrieben wurde, die zu militärischen Zwecken verwendet werden kann.“*

Desweiteren heißt es in dem Antrag, dass Anstrengungen der Philipps-Universität Marburg unterstützt werden, *„einen Kodex zu entwickeln, damit zukünftig Forschung und Drittmittelakquise transparent und unter ethischen Maßstäben praktiziert werden und Frieden und Abrüstung verpflichtet sind.“*

Der Marburger Beschluss sei ein „starkes Signal für Frieden und Abrüstung“, kommentiert Jan Schalauske, Stadtverordneter der Fraktion Marburger Linke. Vor dem Hintergrund, dass in Afghanistan und Pakistan in den letzten Jahren tausende Menschen, darunter hunderte Zivilist/innen, durch US-Drohnenangriffe getötet worden sind, sei es unerträglich, dass in Marburg Forschung mit dem Zweck betrieben wurde, diese tödliche Waffentechnologie zu verbessern. Nicht ohne Grund fordere die internationale Friedensbewegung die Ächtung dieser „Killerwaffen“.

Erfreut zeigt sich Schalauske darüber, dass die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich, in einem gemeinsamen Antrag von Linken, SPD und Bündnis90/ Die Grünen, dazu bereit war, sich in die Debatte um Rüstungsforschung an der Universität einzuschalten und somit gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Der Beschluss unterstütze nicht nur die aktuellen Bemühungen des Senats der Philipps-Universität, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um zukünftig Rüstungsforschung zu verhindern, sondern stärke als Stimme der städtischen Öffentlichkeit auch grundsätzlich kritischen Wissenschaftler/innen, Gewerkschafter/innen und Studierenden in ihrem Engagement für „eine Hochschule für den Frieden“ den Rücken.

Die Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ listet aktuell immerhin 14 Hochschulen in Deutschland auf, die mit Hilfe sogenannter Zivilklauseln der Rüstungsforschung eine Absage erteilt und sich dazu verpflichtet haben, Lehre und Forschung zu zivilen Zwecke zu betreiben. „Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Philipps-Universität Marburg sich ihnen als Nummer 15 anschließen würde“, so Schalauske abschließend. Der Unterstützung durch die Stadtverordnetenversammlung kann sich die Universität jedenfalls sicher sein.

Zum Hintergrund:

Nach Recherchen von NDR und Süddeutscher Zeitung haben deutsche Hochschulen seit dem Jahr 2000 mehr als neun Millionen US-Dollar aus dem amerikanischen Verteidigungsetat erhalten. Auch an der Philipps-Universität Marburg ist im Auftrag des US-Militärs geforscht wurden. Eine Arbeitsgruppe am Fachbereich Biologie untersuchte, gefördert mit 143.000 US-Dollar, die *nächtliche Orientierung von Wanderheuschrecken*. Das US-Militär erhoffte sich davon neue Erkenntnisse, wie die Steuerung von unbemannten Luftfahrzeugen, sog. Drohnen, und der Einsatz von „präzisionsgelenkter Munition“ verbessert werden kann. Der Universitätssenat setzte daraufhin eine Kommission ein, die Vorschläge für eine intentionsgeleitete Zivilklausel erarbeiten soll.

Der Antrag „Keine Rüstungsforschung an der Philipps-Universität“ im Wortlaut:

**„Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert, dass an einem Institut der Philipps-Universität mit Mitteln der US-Luftwaffe Forschung betrieben wurde, die zu militärischen Zwecken verwendet werden kann.“**

**Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Anstrengungen der Philipps-Universität einen Kodex zu entwickeln, damit zukünftig Forschung und Drittmittelakquise transparent und unter ethischen Maßstäben praktiziert werden und Frieden und Abrüstung verpflichtet sind.“**

# Uni HRO verstößt wieder gegen Zivilklausel

<http://de.indymedia.org/2014/02/352484.shtml>  
19.02.2014

Die Uni Rostock hat sich in ihrer Grundordnung mit einer sogenannten Zivilklausel darauf verzichtet, keine militärischen Forschungsprojekte durchzuführen. Einem NDR-Bericht zufolge verstieß die Universität Rostock in den Jahren



Kritische Uni

2011-2013 gegen ihre eigene Zivilklausel. An der Fakultät für Maschinentechnik und Schiffsbau sei in diesen Jahren ein Forschungsprojekt zum Aufspüren von Seemineralien vom deutschen Militär mit 330.000 Euro unterstützt worden. Laut dem damaligen Pressesprecher der Uni, Ulrich Ben Vetter, sei das kein Problem für die Zivilklausel, da das Projekt ein „humanitäres Vorhaben“ sei.

## Inhumaner Blödsinn

„Wer glaubt, dass das Suchen von Minen ein „humanitäres Vorhaben“ sei, der glaubt auch, dass die Bundeswehr die größte Friedens- und Hilfsorganisation des Kontinents ist“ kommentiert dies Frank\_a Schmidt, Sprecherin der Studierendeninitiative „Kritische Uni“ an der Universität Rostock. Das Legen und Räumen von Minen dienen den Militärs dazu, die Beweglichkeit einer Gegner\_in einzuschränken und die eigene Beweglichkeit zu erhöhen. „Minen räumen ist also im Clausewitzschen Sinn elementarer Bestandteil der Kriegsführung“ so Frank\_a weiter. Es sei völliger Quatsch, sich einzureden, dass Militärforschung irgendetwas mit humanitären Vorhaben zu tun habe.

## Militärs sind zum Töten da

Militärforschung diene laut Schmidt dazu, die Handlungsspielräume und Möglichkeiten des Militärs zu erweitern. „Und egal wie nett sich ein Militär auch aktuell geben mag und wie viele „humanitäre Hilfseinsätze“ sie gerade angeblich machen: Armee sind immer ein Herrschaftsinstrument, zur Durchsetzung privilegierter Interessen in Gesellschaften“. Dass es im demokratischen Regime zumindest im Inland gerade relativ gut mit sogenannten „soften Herrschaftstechniken“ gelänge, die subalternen Schichten ruhig zu halten, ändere nichts daran, dass ein Militär im Zweifelsfall dafür da sei, nervige Leute einfach „abzuknallen“. „Im Flussbett des Kunduz-Flusses kann man sehen, was die Tätigkeit der deutschen Militärs bedeutet“ analysiert Schmidt.

## Ständige Verstöße gegen die Zivilklausel?

Das Minenprojekt ist nicht der einzige dokumentierte Verstoß gegen die Zivilklausel in Rostock. Auch die Uni-Medizin kümmert sich nicht um ihre eigenen Regeln. So unterstützt die Medizinische Fakultät die Deutsche Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie (DGWMP). Dieser Verband der militärischen Sanitätsoffiziere befasst sich damit, dafür zu sorgen, dass SoldatInnen möglichst lange und im Fall der Fälle wieder schnell „Einsatzbereit“ sind. Im Oktober 2013 veranstaltete diese Gesellschaft einen Kongress in Rostock.

Und ausgerechnet auf diesem Kongress zur Unterstützung von Kriegsführung hält laut Programm trotz Friedensklausel der Dekan der Medizinischen Fakultät, Prof. Dr. Emil Christian Reisinger ein Grußwort. Darüber hinaus fungiert der Ärztliche Vorstand und Vorstandsvorsitzende der Universitätsmedizin Rostock als einer der wissenschaftlichen Leiter des Kongresses. Er ist Mitglied der Jury für wissenschaftliche Beiträge in Form von Postern, die während des Kongresses in einer Ausstellung von NachwuchswissenschaftlerInnen präsentiert werden, und moderiert den Tagungspunkt „Einsatzrelevante Themen aus der Akutmedizin“. [Die Friedensklausel und Konsequenz](#)

## Geheimniskrämerei

Dass solche Verstöße gegen die Zivilklausel selten aufgedeckt werden, liegt auch an der Informationspolitik der Uni Rostock. Bis 2010 zwang die Opposition im Landtag die Universität über den Umweg des Bildungsministeriums mittels des Instrumentes der „Kleinen Anfrage“, offen zu legen, welche Militärforschungen trotz Friedensklausel an unserer Uni betrieben werden. Seit 2010 sind diese Infos nun auf einmal „geheim“. „Auf der einen Seite reden Pressesprecher und Rektor ständig von „Transparenz“ und „offenen Diskurs“. Aber wenn man genauer hinschaut, entlarvt sich das alles als propagandistisches Blabla“. [PM solid 2011: Staatsoberhaupt des drittgrößten Rüstungsexporteurs eröffnet das neue Studienjahr in Rostock!](#)

## Doppelmoral hat System

Auch die in diesen Beispielen zum Ausdruck kommende Doppelmoral hat an der Uni Rostock System. So versucht die Philosophische Fakultät zur Zeit, den [„Whistleblower“ Edward Snowden](#) mit einem Ehrendoktor zu würdigen, während die Verantwortlichen im universitären Alltag zu Zensur und Überwachung schweigen. Ein weiteres Beispiel für die zur Schau gestellte Doppelmoral lieferte Rektor Schareck im November in der Ostseezeitung ab. Schareck schaffte es, in einem Atemzug, von der Wichtigkeit von Meinungsfreiheit und eines offenen Diskurses an der Uni zu schwärmen, und gleichzeitig die angelaufene Strafverfolgung gegen Studierende, die [rechte Statements einiger Profs](#) mittels Flugblatt kritisierten, zu verkünden.

## Uni-Alltag bedeutet Lernen fürs Leben als demokratische Funktionselite

„Einen derart gehillten Umgang wie mit der Zivilklausel würden sich viele Studierende auch bei den Prüfungsordnungen wünschen“ kommentiert Frank\_a Schmidt. „Hier an der Uni Rostock lernen wir fürs Leben. Wir lernen, dass in herrschaftsförmigen Gesellschaften Regeln, Gesetze und Abmachungen für die mächtigere Seite in der Praxis total egal sind“. Lediglich als befriedende Legitimationen des eigenen Handelns gegenüber weniger privilegierten spielen das Recht im demokratischen Herrschaftsregime eine gewisse ideologische Rolle, so Schmidt weiter „Das sind Erkenntnisse, die z.B. für Studierende der Geistes- und Sozialwissenschaften als angehende demokratische Funktionselite sehr nützlich für ihre späteren Aufgaben beim Management von Herrschaft sind.“

## Mehr Infos

[NDR-Bericht](#) mit dem unhumanen Humanitäts-Statement Ulrich Vettters. Selbst der [Tagesspiegel](#) findet Vettters Humanitäts-Blabla unglaubwürdig. An der [Rostocker Medizin-Fakultät](#) hält man auch nicht viel von der Zivilklausel. [Extremismus der Mitte](#). Rostocker Profs und der rechte Rand. [Ehrendoktor für Snowden?](#) Zensur und Überwachung an der Uni Rostock.



Mitglieder des Deutschen Bundestages  
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

**Karlsruhe Institute of Technology (KIT)**

**Prof. Dr. Holger Hanselka**  
Präsident

**Kaiserstr. 112  
76131 Karlsruhe**

Berlin, 06.02.2014

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Hanselka,

wir, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE. aus den Bereichen Hochschul- und Wissenschaftspolitik und Forschungspolitik sowie die Mitglieder der Landesgruppe Baden-Württemberg unterstützen das Anliegen der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, das am KIT vom Office of Naval Research (ONR) finanzierte Informatik-Projekt "Dynamic Data to Decisions" umgehend einzustellen und mit der Initiative einen Dialog über die Einführung einer Zivilklausel für das gesamte KIT zu führen.

Mit dem Verweis, nach dem es sich bei den Forschungsaufträgen aus dem Pentagon um reine Grundlagenforschung handeln, werden aus unserer Sicht Feigenblätter für militärische Forschung geschaffen und die wissenschaftsethisch relevante und gesellschaftlich umstrittene Frage, inwiefern ein direkter Nutzen für militärische Zwecke entsteht, umgangen.

Wahrscheinlicher ist doch, dass Verteidigungsministerien und Rüstungsindustrie sich im Bereich der Grundlagenforschung engagieren, weil sie sich davon perspektivisch einen militärisch verwertbaren Nutzen erhoffen.

**Nicole Gohlke, MdB**

*Sprecherin für Hochschul- und Wissenschaftspolitik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag*  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 – 227 71306  
E-Mail: nicole.gohlke@bundestag.de

**Ralph Lenkert, MdB**

*Sprecher für Forschungspolitik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag*  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 – 227 72636  
E-Mail: ralph.lenkert@bundestag.de

**Karin Binder, MdB**

*Sprecherin der Landesgruppe Baden-Württemberg Wahlkreis Karlsruhe*  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 – 227 70601  
E-Mail: karin.binder@bundestag.de

**Annette Groth, MdB**

*Wahlkreis Friedrichshafen*  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 – 227 77207  
E-Mail: annette.groth@bundestag.de

**Heike Hänsel, MdB**

*Wahlkreis Tübingen*  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 – 227 73178  
E-Mail: heike.haensel@bundestag.de

**Richard Pitterle, MdB**

*Wahlkreis Balingen*  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 73284  
E-Mail: richard.pitterle@bundestag.de

**Michael Schlecht, MdB**

*Wahlkreis Mannheim*  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 77136  
E-Mail: michael.schlecht@bundestag.de



Mitglieder des Deutschen Bundestages  
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 6. Februar 2014

Wir befürworten, die gültige Zivilklausel des ehemaligen Forschungszentrums Karlsruhe auf das gesamte KIT auszuweiten, um damit eine ausschließlich zivile Forschung zu gewährleisten und würden ein Treffen zwischen dem Präsidium des KIT und Vertreter/-innen der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten sehr begrüßen.

Mit freundlichen Grüßen

Nicole Gohlke

Ralph Lenkert

Karin Binder

Annette Groth

Heike Hänsel

Richard Pitterle

Michael Schlecht

10.02.2014

## **ASTa der TU Braunschweig begrüßt Transparenz-Initiative der Landesregierung**



Das niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur veröffentlichte am 03. Februar 2014 als Ergebnis einer Abfrage vom Dezember 2013 eine Liste von 148 Forschungsprojekten, die seit dem Jahr 2000 an niedersächsischen Hochschulen in Auftrag gegeben wurden und potentiell militärischen Interessen dienen können.

**Allein 36 dieser Projekte davon wurden an der TU Braunschweig erforscht**, zwei davon unterliegen der Vertraulichkeit – hier sind weder konkrete Themen bekannt, oder in welchem Fach die Projekte laufen, noch, wer diese Aufträge erteilt hat und finanziert. ....

Der Präsident der TU Braunschweig, Prof. Dr. Jürgen Hesselbach, äußert sich in einem Interview mit dem NDR unkritisch gegenüber Forschung für militärische Auftraggeber. Transparenz sei wichtig, aber er wolle nichts verbieten – das bedeutet, dass sich trotz des angestoßenen Diskussionsprozesses nichts verändern soll, selbst wenn die Auftraggeber eindeutig militärische Ziele verfolgen. Begründet wird dies wiederum mit der Dual-Use-Problematik.

**„Diese Begründung ist unhaltbar.** Es gibt viele Projekte, die für militärische Zwecke deutlich interessanter sind als für zivile, wie etwa Radaranlagen, außerdem ist eindeutig, dass Rüstungskonzerne oder aus Militärtöpfen finanzierte Projekte keine friedliche Nutzung anstreben,“ so Tobias Bresch vom ASTa-Vorstand. „Oft wird die Freiheit der Wissenschaft als Argument gegen eine Zivilklausel angeführt. Wenn aber Projekte als vertraulich eingestuft werden oder aber das Pentagon Aufträge mit eindeutig militärischem Hintergrund erteilt, dann muss man auch nach der Verantwortung fragen. Forschung, die sehr wahrscheinlich für Langstreckenraketen oder Drohnen verwendet wird, darf nicht schöngeredet werden, wie dies Präsident Hesselbach gerade versucht. Natürlich kann eine militärische Nutzung von Forschungsergebnissen nie ausgeschlossen werden; sie darf aber an einer öffentlichen, aus zivilen Geldern finanzierten Hochschule nie das Ziel sein.“

Der ASTa setzt sich insbesondere vor dem Hintergrund des in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Umfangs weiter dafür ein, dass an der TU Braunschweig sowie an allen niedersächsischen und deutschen Hochschulen lediglich Projekte mit friedlichem und zivilem Hintergrund bearbeitet werden und **Projekte mit militärischen sowie Wehrinteressen, insbesondere wenn sie der Geheimhaltung unterliegen sollen, von vornherein auszuschließen sind.**

\*\*\*\*\*

**Eine Nachfrage sei erlaubt:**

**Was ist mit dem seit Jahren diskutierten Vorhaben einer Urabstimmung unter den Studierenden über eine Zivilklausel an der TU?**

**Stellungnahme der Landeskoordination campus:grün NRW  
zum Referent\*innenentwurf des Hochschulzukunftsgesetzes  
Düsseldorf, 6. Februar 2014**



Die Landeskoordination campus:grün NRW (LaKo NRW) begrüßt grundsätzlich die Initiative der rot-grünen Landesregierung, die dringend benötigte Novellierung des Hochschulgesetzes nun mutig und entschlossen voran zu bringen. Die mit dem Entwurf vorgelegten Veränderungen korrigieren offensichtliche Fehlentwicklungen des aktuell geltenden, so genannten "Hochschulfreiheitsgesetz" der CDU/FDP-Regierung von 2007. Die LaKo NRW freut sich über den weitgehend transparent gestalteten Dialogprozess und unterteilt diese Stellungnahme in sieben zentrale Forderungen und folgende drei Abschnitte:

**Abschnitt I Begrüßenswerte Neuerungen**

**Abschnitt II Punkte an welchen noch Änderungsbedarf besteht**

**Abschnitt III Abzulehnende Vorschläge des Entwurfs**

**Die zentralen Forderungen der LaKo campus:grün NRW:**

- 1) **Keine Zwangsexmatrikulationen im HZG!**  
Sämtliche Artikel hierzu müssen gestrichen werden.
- 2) **Hochschulräte sind undemokratisch und überflüssig!**  
Deshalb sollen sie abgeschafft und nicht gestärkt werden.
- 3) **Keine Haushaltsbeauftragten für die Studierendenschaften!**  
Diese sind unnötig und kontraproduktiv.
- 4) Die versprochene **Viertelparität im Senat wird de facto nicht umgesetzt!** Das ist politische Augenwischerei.
- 5) Regelungen zur **Geschlechterparität in Hochschulgremien und der Lehrstuhlbesetzung** sind uneingeschränkt positiv und beizubehalten!
- 6) Die **Friedensklausel** ist in der vorliegenden Form noch zu schwach, aber ein maßgeblicher Schritt in die richtige Richtung!
- 7) **Der Ausbau des Tierschutzes an den Hochschulen** ist richtig.  
Diese Bemühungen sollten weiter verstärkt werden!

*Stellungnahme zum Entwurf des Hochschulzukunftsgesetz der LaKo campus:grün NRW*



GHG Aachen

ghg\*ol Bielefeld



ghg-campus:grün Bonn



GHG Duisburg-Essen



campus:grün Düsseldorf

GHG Hagen



campus:grün Köln



Campus Grün Münster



campusgrün Paderborn

Uni:grün Siegen



GHG Wuppertal

**Baden-Württembergs GRÜNE Ministerin Theresia Bauer will „Freiräume schaffen“**

# Freiräume sehen anders aus

Von Dietrich Schulze

Am 30. Januar sprach die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg auf Einladung der GRÜNEN zum Thema „Wissenschaft und Kunst im Fokus“. Die Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) berichteten darüber im Kulturteil der Zeitung unter der Schlagzeile »„Freiräume schaffen“ Ministerin Bauer im PMP«.

Um es vorweg zu sagen, der Auftritt der amtierenden Wissenschaftsministerin des Landes Baden-Württemberg in Karlsruhe war nicht der große Aufreger. Mitsamt der Kulturprominenz und den GRÜNEN PflichtteilnehmerInnen hatten gerade mal drei Dutzend Personen den Weg in das Prinz-Max-Palais (PMP) gefunden, obwohl in der Stadt und der Uni kräftig plakatiert worden war (Foto).

Keine besondere Motivation für weitere Schreibe. Der BNN-Bericht der Autorin Sybille Orgeldinger lässt allerdings jegliches Gefühl dafür vermissen, der Öffentlichkeit die kontroverse Debatte in der Versammlung über die Zivilklausel („Verzicht auf Forschung und Lehre für militärische Zwecke an Hochschulen.“) zu vermitteln. Es wurden lediglich die Grün-Roten Regierungen im sattsam bekannten Duktus der Ministerin wiedergegeben.

Hier ein Auszug aus dem BNN-Bericht: »„Wissenschaft und Kunst haben einen Eigensinn“, erklärte Bauer. Grüne Politik setze darauf, Freiräume zu schaffen, zu schützen und zu vergrößern. So werde das neue Landeshochschulgesetz die Hochschulen ermächtigen, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Ziele seien mehr Entscheidungsstärke und eine klare Rollenverteilung zwischen Rektorat, Hochschulrat und Senat, eine bessere Zusammenarbeit der Gremien und mehr Transparenz. Allerdings müssten auch Transparenzregeln die Freiheit der Forschung beachten. Zur Debatte über die Einführung einer Zivilklausel sagte die Ministerin, eine Zweckbindung der Wissenschaft gehöre nicht ins Gesetz. „Ob etwas ethisch vertretbar ist oder nicht, ist im einzelnen Fall konkret politisch zu diskutieren.“ Von vornherein zwischen „zivilen“ und „militärischen“ Inhalten zu unterscheiden, sei kaum möglich, erläuterte Bauer. Bestes Beispiel sei das Internet, das aus einem militärischen Konzept entwickelt wurde.«

Abgestandene Floskeln, längst widerlegte Verfassungsinterpretationen, verdrehter Freiheitsbegriff und verplauderte Allgemeinplätze.

Kein Wort der BNN-Autorin über die aus dem Publikum vorgetragenen qualifizierten Meinungen.

Tatsächlich hatte in der Diskussion der Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg, Niklas Horstmann, unter Verweis auf ein am Karlsruher Institut für Technologie KIT noch laufendes Forschungsprojekt mit Finanzierung durch die US-Marine die Forderung nach einer einheitlichen KIT-Zivilklausel erneuert.



Theresia Bauer - grüne Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, die sich offenbar nicht an ihre Wahlversprechen erinnert, dafür aber von KIT-Präsident Horst Hippler empfangen wird (Herbst 2011). Quelle: Badische Neueste Nachrichten (BNN), Foto: Breig



Foto: Dietrich Schulze

Selbst der Kompromissvorschlag, im Gesetzentwurf zur Novellierung des Landeshochschulgesetzes die „Vertrauenskommission“ an der Entscheidung über die Annahme von Drittmitteln zu beteiligen und damit ein Stück weit echte Transparenz zu schaffen, wurde von der Ministerin mit Verweis auf den völlig unzureichenden Novellierungsentwurf abgebügelt. Damit weist sie den Gedanken grundsätzlich zurück, dass fragwürdige Drittmittelprojekte bereits vor der Annahme aufgedeckt werden könnten.

Hinzu komme, so Horstmann weiter, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler häufig gar nicht wissen, im Rahmen welches Drittmittelprojektes sie angestellt sind und arbeiten. Daher müsse es einen Prozess geben, ethisch fragwürdige Projekte auch nach der Annahme identifizieren und diese nach einer Debatte ggf. vorzeitig beenden zu können. Auch dieses Argument ließ die Ministerin nicht gelten mit dem Verweis darauf, dass die Wissenschaft zweckfrei sei.

Von weiteren Zuhörern wurde die Enttäuschung von Grünen-Wählern geäußert, dass die in Oppositionszeiten verlangte Zivilklausel nunmehr in Regierungsverantwortung weggeschoben werde.

Die oben geschilderte Transparenz-Forderung hielt die Ministerin für hochsensibles Neuland. Damit würden Wettbewerbsfragen berührt und außerdem sei Forschung für die Bundeswehr als Verfassungsorgan zulässig. Dann könne man doch nachvollziehen, dass Geheimhaltung nötig sei. Dem wurde aus dem Publikum entgegen gehalten, dass Forschung, die der Geheimhaltung bedarf, an entsprechender anderer Stelle in der Wirtschaft oder in Rüstungsforschungs-Institutionen stattfinden solle, aber nicht an öffentlich geförderten Hochschulen!

Zum besseren Verständnis für Theresia Bauers friedenspolitische Kehrtwende nach Übernahme des Regierungspostens nachfolgend einige relevante Publikationen des Autors in der Neuen Rheinische Zeitung der letzten zwei Jahre:

1.	30.10.2013	Zivilklausel als Störfaktor bei der Neuvermessung deutscher Weltpolitik <a href="#">NEIN zu olivgrüner Wissenschaft</a>
2.	19.12.2012	Die Winfried-Kretsch-Maus-Wende in Baden-Württemberg <a href="#">Olivgrün gewendeter Landespatriarch</a>
3.	16.05.2012	Zivilklausel für KIT-Gesetz abgelehnt <a href="#">Die Ministerin und die 1980er Jahre</a>
4.	04.04.2012	Appell an die GRÜNEN und die SPD im Landtag Baden-Württemberg: <a href="#">"Wahlversprechen zur Zivilklausel einhalten!"</a>
5.	04.01.2012	Zivilklausel, KIT und die Hochschulen von Baden-Württemberg <a href="#">Glaubwürdigkeits-Stresstest für Grün-Rot</a>
6.	28.12.2011	Ministerin Bauer (Grüne) lud KIT Karlsruhe-Mitarbeiter ins Audimax <a href="#">Distanzierung von Wahlversprechen</a>
7.	14.12.2011	Grün-Rot stellt Verzicht auf deutsche Atomwaffenforschung in Frage <a href="#">Landesregierung BaWü gegen Zivilklausel für KIT</a>
8.	25.11.2011	Kriegsforschung und Grünen-Ministerpräsident Kretschmann in Karlsruhe <a href="#">Winfried, der Wahlbetrüger</a>
9.	09.11.2011	Ischinger-Bauer-Connection: Hochschulen für das Militär verpflichten <a href="#">Bundeswehr-Klausel statt Zivilklausel</a>
10.	01.10.2011	Grüne BW-Ministerin Bauer bleibt Einlösung von Wahlversprechen schuldig <a href="#">Zivilklausel ins KIT-und Hochschulgesetz!</a>
11.	31.08.2011	Grün-Rot-Regierung in BaWü soll ihre Wahlversprechen einlösen: <a href="#">Friedenspolitische Kurskorrektur in den Hochschulen!</a>
12.	30.03.2011	AUS für CDU-Herrschaft -BaWü-Bildungsreform und Uni-Zivilklausel JETZT <a href="#">Zweimal Wende eingeleitet</a>

# Neue Linie: „Transparente“ Militärforschung an den Hochschulen

Die jahrelangen Warnungen, Verunglimpfungen, Verdrehungen, nachweislichen Falschbehauptungen wie die angebliche Verfassungswidrigkeit der Zivilklausel, die „dual use“-Vermengungen und die Umwertung von Rüstungsforschung als „Sicherheitsforschung“ haben nicht die gewünschte Wirkung entfaltet. Zu den früheren fünf sind seit 2010 elf neue Zivilklauseln dazu gekommen. Und jetzt ist aufgrund der NDR-Enthüllung, dass 22 Hochschulen seit einem Jahrzehnt geheime Rüstungsforschung für das Pentagon betrieben haben, eine ernste Lage für die Rüstungslobby entstanden. Geheimforschung an öffentlichen Hochschulen, das steht in einem zu offensichtlichen Widerspruch zum Anspruch eines demokratischen Staatswesens. Die GRÜNE Wissenschaftsministerin in Niedersachsen hat eine Transparenz-Initiative unternommen. Auch in anderen Bundesländern schimmert diese Überlegung durch. Das bedeutet dreierlei für die Zivilklausel-Bewegung:

1. Die Aufdeckung der inhumanen Rüstungsziele ermöglicht neue Zivilklausel-Bündnisse wie zum Beispiel in Marburg.
2. Die nachgewiesenen Verstöße gegen existierende Zivilklauseln werten diese ab, es sei denn, dass die Studis, kritische WissenschaftlerInnen und die Friedensbewegung Konsequenzen verlangen.
3. Die neue Transparenz-Masche nach dem Motte „Bestimmte Militärforschung schon, aber bitte nicht geheim!“ stellt neue, inhaltlich vertiefte Anforderungen an uns (s. die vier Eingangssätze).

Eine Reihe von Artikeln seit Mitte letzten Jahres aus der WebDoku [www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf](http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf) der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten auch unter dem Aspekt einer angepassten Militarierungsstrategie der anderen Seite sind nachfolgend zusammengestellt.

## Rüstungslobby warnt und wütet gegen die Zivilklausel

11.02.14	Hochschule Niederrhein <a href="#">Freiheit der Hochschulen wird eingeschränkt</a> RP-Gespräch mit Präsident Hans-Hennig von Grünberg über NRW-Hochschulzukunftsgesetz: Zivilklausel klingt gefällig als Beitrag zu einer nachhaltigen und friedlichen Welt, gehört aber nicht ins Gesetz. „Überlasse die Forschung ihrer eigenen Logik und Du hast einen Garant für den zivilisatorischen Fortschritt.“ <b>Einfach lächerlich nach Aufdeckung der flächendeckenden Militärforschung für Rüstung, Bundeswehr und US-Militär</b>
06.02.14	<a href="#">IT-Wehrforschung in Deutschland: Den Standort erhalten</a> Detlef Borchers heise-online: Heftige Kritik an zunehmender Ausgrenzung der Militärforschung an Unis in Konferenz "Angewandte Forschung für Verteidigung und Sicherheit". MDBA beklagt Erfolge der <a href="#">Zivilklauselbewegung</a> . DLR propagiert <a href="#">Laserwaffen</a> . Innovationsforum des BMBF " <a href="#">Zivile Sicherheit</a> " 7.-9. Mai in Berlin. Ebenso FhG-Thema <a href="#">Future Security</a> 16.-18. Sept. in Berlin. <b>Die Militärforschungswalze zum Gauckschen Kriegsgeheul</b>

06.02.14	<a href="#">Uni Hannover führend bei Militärforschung</a> HAZ verleiht die Goldmedaille: „Sie konnte 10,85 Millionen Euro erwirtschaften.“ <b>Tolle Leistung</b> Heinen-Klajic: „In einer Demokratie verbietet es sich, dass öffentlich geförderte Hochschulen hinter verschlossenen Türen forschen“. <a href="#">Tötungswissenschaft – Hauptsache transparent</a>
05.02.14	Zivilklausel <a href="#">Akademischer Zündstoff</a> Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen in ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik. AUSGABE 4/2013. Auf ganzen 16 Seiten werden die Sorgen der Kriegspolitiker ausgebreitet. <b>Sorgen wir dafür, dass deren Sorgen vergrößert werden. Ganz friedlich ohne Zündstoff</b>
04.02.14	<a href="#">Militärforschung bringt Unis Millionen</a> NDR bringt Reaktionen auf <a href="#">Liste</a> und <a href="#">Presse-Erklärung</a> von Ministerin Gabriele Heinen-Klajic als <a href="#">Video</a> „Militärische Forschung nicht per se nicht-friedlich.“ Zentrale Datenbank geplant. <b>Die Botschaft: Militärforschung an Hochschulen JA, aber bitte nicht geheim.</b> Das heisst: <a href="#">Transparente Tötungswissenschaft</a> (NRhZ 4.12.13) ist die Absicht.
03.02.14	Niedersachsen <a href="#">Mehr US-Militär-Forschung an Unis als bekannt</a> NDR (Benedikt Strunz) veröffentlicht <a href="#">Liste</a> des Wissenschaftsministeriums mit 106 Projekten an 10 NDS-Hochschulen, 62 mit hiesiger Militärfinanzierung, 4 mit US-Militärfinanzierung, 40 weiterhin geheim. Unis Göttingen und Oldenburg verstoßen gegen Zivilklausel. <b>Loch im Mantel des Schweigens: Und der Zweck?</b>
31.01.14	Bayern Staatszeitung: <a href="#">Lukrative Aufträge vom Verteidigungsministerium</a> „Rüstungsforschung an Hochschulen: Warum die Unis kein Problem damit haben.“ Thomas Klapötke (LMU), Thomas Eibert (TUM), Jan Schür (Uni Erlangen) und Laurens Molenkamp (Uni Würzburg) „DARPA-Finanzierung ist Ehre.“ <b>Nichts aus der Geschichte gelernt. Wissenschaft marschiert im Gleichschritt – wie vor 100 Jahren.</b>
31.01.14	Kriegspolitik <a href="#">Deutschlands Befreiungsschlag</a> german-foreign-policy.com über Kriegstrommler Ischinger <a href="#">SiKo</a> und Steinmeier / v.d. Leyen: "Europa komme ohne kriegerische Mittel im Spiel der globalen Kräfte nicht voran". s. <a href="#">SWP-Strategie-Papier</a> und den Hochschulen <a href="#">zugeschriebene Rolle</a> s. <a href="#">Staatszeitung Bayern 31.1.</a>
29.01.14	KIT Karlsruhe <a href="#">Die Fabel „Reine Grundlagenforschung“</a> PM Initiative in Neue Rheinische Zeitung über US-Militärfinanzierte Projekte. * Einträge <a href="#">26.01.</a> / <a href="#">19.01.</a> / <a href="#">15.01.</a>
26.01.14	KIT Karlsruhe <a href="#">Friedliches KIT gefordert II</a> Ini-Antwort auf <a href="#">Antwort KIT-Präsident</a> zur PM Pentagon/ONR-Finanzierung „Reine Grundlagenforschung“? <b>Unverblühtes Zitat aus britischem Munde</b> ONR-Informatik-Forschung dient der Kriegführung. s. auch <a href="#">scharf-links.de 27. Januar 2014</a> und <a href="#">20. Januar 2014</a>
15.01.14	Hochschulen <a href="#">Die akademische Gilde der Vertuscher</a> Forschung für das Pentagon angeblich keine Militärforschung (pdf) Fünf Projekte seit 2003 allein am KIT. Dietrich Schulze nrhz.de * <a href="#">KIT-Medienecho</a> s. auch <a href="#">Pentagon-Millionen für deutsche Hochschulen kein Thema</a> 16.01. Ralf Wurzbacher <a href="#">studis-online.de</a>
17.12.13	<a href="#">Baustelle Heimatfront</a> (pdf) Militarisierung der Gesellschaft und Massenmedien. Perfide Agitation gegen Zivilklauseln an Hochschulen. Jahresrückblick 2013 von Peer Heinelt in <a href="#">junge Welt</a>
05.12.13	<a href="#">Ihr seid nicht die Schule der Nation</a> GEW-Vorsitzende Marlies Tepe in DIE ZEIT: „Nicht die Bundeswehr ist zum Politikunterricht da, sondern wir, die Lehrer.“ Entgegnung auf <a href="#">„Soldaten“</a> . Jahr 2014 - 100 Jahre 1. WK - dazu nutzen, über friedliche Formen der Konfliktbewältigung neu ins Gespräch zu kommen.
04.12.13	<a href="#">Transparente Tötungswissenschaft</a> (pdf) Militärforschung an Hochschulen: BMVg-, NSA-, Pentagon-Mittel. Egal, Hauptsache das Geld fließt! Dietrich Schulze in Neue Rheinische Zeitung

01.12.13	<a href="#">De Maizière verteidigt Militärforschung</a> Süddeutsche/Focus: „Das Bekenntnis zu unserer Demokratie verlangt, den Platz der Bundeswehr in der Mitte der Gesellschaft zu verteidigen. Schulen, Hochschulen und die Forschung gehören zu dieser Mitte.“ s. <a href="#">Koalitionsvertrag</a> mit NATO und EU-Armee „auf Kooperation gerichtete Friedenspolitik“ * Eintrag 29.11. Koop jW
29.11.13	» <a href="#">Nein zur großen Koalition des Militarismus.</a> « Erklärung der »Kooperation für den Frieden« zum Koalitionsvertrag in jW.
28.11.13	<a href="#">Die Labor-Krieger</a> Militärforschung an deutschen Unis? Ja, aber nur öffentlich, sagt ZEIT-Herausgeber Josef Joffe und wirft Dreck auf den US-Friedenswissenschaftler Noam Chomsky. Intellektuelle Kriegstreiberei für Feinschmecker - ekelerregend!
25.11.13	<a href="#">Schattenwissenschaft des Krieges</a> Manche deutsche Uni unterstützt indirekt die Kriegsmaschinerie der USA. Hochschulen sind auf Drittmittel angewiesen, um zu überleben. Doch sie müssen transparent machen, von wem sie Geld bekommen - und wofür. Kommentar Johann Osel in Süddeutsche. <b>Wahrlich treffend</b>
21.11.13	<a href="#">De Maizière über Jugendoffiziere an Schulen</a> Fragen der WELT als Video „zum Stellenwert von Jugendoffizieren und die manchmal schwierige Diskussionskultur an Universitäten“ Skandal mit Ansage Bundeswehr-Privilegierung für alle Schulen per Koalitionsvertrag. Lässt sich SPD für die Militarisierung eingespinnen?
21.11.13	<a href="#">Mentale Mobilmachung</a> Peer Heinelt in jW über den medienpolitischen Workshop der Bundeswehr mit Referent aus Zivilklausel-Uni Konstanz. s. <a href="#">Vierte Gewalt</a> in german-foreign-policy.com
04.11.13	Internationales „ <a href="#">Den deutschen Pazifismus überdenken</a> “ (engl.) Jochen Bittner, politischer Redakteur DIE ZEIT, in New York Times. Blanke Kriegshetze der übelsten Art
28.10.13	Bundeswehr „ <a href="#">Pooling &amp; Sharing - Militärische Kooperationen als Weg zur europäischen Arme?</a> “ 20. Internationaler Sicherheitspolitischer Kongress des Verbands der Reservisten BaWü am 22./23. Nov. in Stuttgart-Vaihingen in Kooperation mit Fritz-Erler-Forum und Friedrich-Ebert-Stiftung. <a href="#">Programm</a> mit Grußwort MP Kretschmann in unverblümter Militaristen-Sprache
25.10.13	Think-Tanks <a href="#">Die Neuvermessung der deutschen Weltpolitik</a> german-foreign-policy.com zum Papier SWP & GMF: Hochschulen & Forschungseinrichtungen sollen auf dem deutschen Marsch an die Weltspitze "kognitive Fähigkeiten" vermitteln. s. <a href="#">junge Welt</a> 26.10. ( <a href="#">pdf</a> ) Störfaktor Zivilklausel !!!
19.08.13	Kiel <a href="#">Bündnis mit Tradition</a> Staatsterrorismus in spe? german-foreign-policy.com ( <a href="#">pdf</a> ) enthüllt: Bundesmarine & Uni-Militarismus - mehr als <a href="#">Freiheit für Bananen</a> - neue deutsch-japanische Kriegskameradschaft gegen die übrige Welt?
06.08.13	<a href="#">Furcht vor der Zivilklausel?</a> Dietrich Schulze in NachDenkSeiten über Verantwortung der Hochschulen für den Frieden, Rüstungsforschung, Wissenschaftsfreiheit und Zivilcourage ( <a href="#">pdf</a> ) in Replik auf FAZ-Artikel „ <a href="#">Verklausulierter Frieden</a> “ 02.08.13 * <a href="#">KIT Presse</a>
04.08.13	„ <a href="#">Linksextremismus - Krieg gegen die Bundeswehr im eigenen Land</a> “ WELT (net) „Kleinkrieg gegen die Bundeswehr“ (print). Mit erneuter Warnung vor Zivilklauseln an Hochschulen. * s. auch WELT 16. Juni und WELT 18. Mai 2013
24.07.13	Zivilklausel „ <a href="#">Ein Gespenst geht um ...</a> “ Dietrich Schulze in NRhZ ( <a href="#">pdf</a> ) aufgrund der 14. in Münster über Status und Probleme an 43 Hochschulen mit Überlegung zur Qualität von Wissenschaften

# Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

▼ 11. Januar 2014 ▼

Reiner Braun [Hr.Braun@gmx.net](mailto:Hr.Braun@gmx.net)

Dietrich Schulze [Dietrich.Schulze@gmx.de](mailto:Dietrich.Schulze@gmx.de)



# Zivilklausel **oder** Militärforschung

INITIATIVE  
GEGEN ▼ MIL  
ITÄRFORSCH  
UNG ▼ ANUNI  
VERSITÄTEN

Dokumentation mit Schwerpunkt Web-Berichte

<http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

**Die Zivilklausel hat sich zu einer Gestaltungsform für die Friedensbindung aller Hochschulen entwickelt.**

Hier findet sich die inhaltsgleiche html-Version

<http://www.stattweb.de/zivilklausel.html>

## Auszug ISPK-Krause

Dazu in NatWiss-MV aus aktuellem Anlass in Kopie verteilt:

- [Unangemessener Hinweis auf ISPK Kiel](#) Leserbrief Dietrich Schulze 24.2.14 für die Zeitschrift „Wissenschaft & Frieden“ 1-2014
- [Kurzkomentar](#) Dietrich Schulze vom 27.2.14 zu [Die Hochschule als entmilitarisierte Zone](#) von Joachim Krause in „Forschung & Lehre“ März 2014

11.01.14	<a href="#">Vermintes Wissenschaftsterrain</a> PISApus Deutschlandfunk über Militärforschung und Zivilklausel an Hochschulen: „forschen offenbar in viel größerem Umfang für Verteidigungsministerien anderer Länder, als bislang bekannt war.“ Mit Pentagon 6 Geldgeber. Gäste Ulrich Bartosch (VDW), Joachim Krause (ISPK Uni Kiel), Arne Meyer (NDR), Judith Dauwalter (Umfrage in der Uni Würzburg) und Anrufer aus Hochschulen. <a href="#">Audio-mp3</a> 50 min.
28.11.13	Uni Bremen <a href="#">Militärforschung an der Bremer Uni</a> Radio Bremen Streitgespräch Ralf-Eric Streibl, Diplom-Psychologe Uni Bremen, mit Politikwissenschaftler Joachim Krause, Uni Kiel. Noch besser im <a href="#">KAS-Podium</a> kurz danach: Ein Friedensfreund und ein Kriegstreiber im netten Gespräch. <b>Irgendwie putzig!</b>
28.11.13	Uni Bremen <a href="#">Krause: Zivilklausel ohne Grund</a> Interview mit Weserkurier: „Der Kieler Politologe Joachim Krause hat einen Brandbrief gegen Zivilklauseln geschrieben und beteiligt sich heute an einer Debatte in der Universität.“ <b>Krause-News</b> Zehn „Bemühensklauseln“ und vier „eigentliche“ Zivilklauseln, nämlich TU Berlin und Darmstadt, Uni Frankfurt und Bremen. Krause-Vortrag <a href="#">Zivilklausel, militante Pazifisten ...</a> im Wortlaut
17.11.13	Uni Kiel <a href="#">Solidarität gegen Diffamierung</a> Nachträgliche Bekanntgabe des Schriftwechsels Pfarrer Ullrich Lochmann mit Präsident Gerhard Fouquet und Joachim Krause ISPK * Eintrag 5.8.13
21.10.13	<a href="#">Bundeswehr und Gesellschaft</a> Bundeszentrale für politische Bildung verstärkt Klagewelle gegen Zivilklausel. Auf wen beruft sie sich?

	<b>Erraten: Auf Joachim Krause und Theresia Bauer!</b>
05.08.13	Uni Kiel <a href="#">Diskussion um eine Zivilklausel</a> Die Landesvereinigung Schleswig-Holstein der VVN-BdA begrüßt das Votum der Studierenden, weist Prof. Joachim Krauses Gleichsetzung „Verbot von Kriegsforschung und Juden-Verfolgung“ sowie die Denunziation der VVN-BdA und von Dr. Dietrich Schulze empört zurück
02.08.13	<a href="#">„Verklausulierter Frieden“</a> Joachim Krause FAZ Nr. 177 „reißerische Kampagne pazifistischer Studenten gegen Kooperation mit Bundeswehr - einige Zivilklauseln verstoßen gegen Grundgesetz.“
02.08.13	<a href="#">Forschen für den Krieg</a> jW-Bericht Michael Schulze von Glaßer: „Verteidiger“-Millionen an Unis ( <a href="#">pdf</a> ). Widerstand dagegen nimmt zu. Erstmals Rücktrittsforderung an Krause (ISPK Kiel) angesprochen
30.07.13	Berlin/Kiel <a href="#">Militärforschung bringt Hochschulen Millionen</a> „Krieg an Universitäten“ Handelsblatt (dpa) zu Forschungsfreiheit „Zivilklausel“. * <a href="#">wiwo</a> * <a href="#">Parodie</a> für AK Zivilklausel beim AStA Uni Kiel
24.07.13	Uni Kiel <a href="#">Das Denken von morgen</a> german-foreign-policy.com ( <a href="#">pdf</a> ) zu <a href="#">Papier Krause-ISPK-Kiel</a> Ein Brandbrief, Nazi-Praktiken, Zurückhaltung: "Lähmend" * <a href="#">NachDenkSeiten HdT#9</a>
10.07.13	<a href="#">Zivilklausel-„Rädelsführer</a> IMI Tübingen und Karlsruher „Linksextremist“ ( <a href="#">pdf</a> ). Parodie zum <a href="#">Papier Krause-ISPK-Kiel</a> von Dietrich Schulze in Neue Rheinische Zeitung. Dazupassend <a href="#">Bundeswehr-Trailer Marine</a> Wir.dienen.Deutschland.
08.07.13	„antifa“ <a href="#">Zivilcourage</a> VVN-BdA ( <a href="#">pdf</a> ) Regina Girod spricht mit Dietrich Schulze. Aktuelles zur Zivilklausel-Bewegung: Whistleblowerin <a href="#">Irma Kreiten</a> und <a href="#">Krause-ISPK-Kiel</a> * Eintrag 03.07. ff
05.07.13	IMI <a href="#">Zivilklausel: Kieler Kriegsforschung</a> Jürgen Wagner in IMI-Standpunkt 2013/032 über zutiefst empörende Plädoyers Krause-ISPK-Kiel gegen Zivilklauseln an deutschen Hochschulen
04.07.13	Uni Kiel <a href="#">Zivilklausel Nein Danke! Warum ich gegen „Zivilklauseln“ an deutschen Universitäten bin</a> von Joachim Krause, Direktor ISPK Kiel. <a href="#">Erstfassung</a> bei indymedia mit Gleichsetzung der Zivilklausel-Bewegung mit Juden-Diskriminierung durch Nazis. Hier die <a href="#">Synopsis</a> der beiden Fassungen – man ist fassungslos
04.07.13	indymedia <a href="#">Politikwissenschaftler Krause, Zivilklauseln und der Nationalsozialismus</a> Zitat: „Vollends in den Zustand der geistigen Umnachtung scheint Krause jedoch zum Ende seines Papiers abzugleiten, in dem er schreibt: "Diese Art von Kooperations- und Kontaktverboten (mit dem Ziel der gesellschaftlichen Ausgrenzung bestimmter Institutionen und Personen) erinnert fatal an Zeiten, in denen Universitäten in Deutschland nicht mit Menschen oder Institutionen kooperieren durften, weil diese jüdisch waren." mit <a href="#">Originalversion</a> der Stellungnahme
02.07.13	<a href="#">Studenten gegen Uni Kiel: Nie wieder Kriegsforschung!</a> SpiegelOnline/UniSpiegel: Forschen für Kriegszwecke sei ethisch nicht vertretbar. Dagegen Zivilklausel gefordert. Uni erhält viel Geld für Militärstudien (2,7 Mio. € seit 2005, BMVg, NATO), z.B. Institut für Sicherheitspolitik (ISPK). Direktor Joachim Krause <b>Kriegsforschungs-Vorwurf linksextrem und paranoid</b> *Eintrag 22.06. ff

**Dieselmotor für Kriegsflotte oder für solidarische Gesellschaft?**

# Rüstungsgegner Rudolf Diesel

Von Dietrich Schulze

[Zitate in eckigen Klammern \(links\) direkt anklicken](#)

Rudolf Diesel, geboren am 18. März 1858 in Paris, gestorben am 29. September 1913, ist weltweit als genialer Ingenieur und Erfinder eines bahnbrechenden neuen Motors bekannt, der auch einem Kraftstoff den Namen gegeben hat. Seine persönliche Haltung zu Rüstung, Krieg und Allgemeinwohl ist aber weitgehend unbekannt.

Damit hat dankenswerter Weise der TV-Sender Phoenix am 6./7. Februar 2014 mit dem Film von Christian Heynen „Auf den Spuren genialer Forscher und Erfinder - Das Diesel-Rätsel“ aufgeräumt.



Briefmarke zum 100. Geburtstag von Rudolf Diesel. Quelle: wikipedia

Im Internet-Antext [1] zum Film heißt es: »"Das Diesel-Rätsel" gibt Einblick in die Erfindung des Dieselmotors Ende des 19. Jahrhunderts und lässt das bewegende Schicksal von Rudolf Diesel lebendig werden. Nach seinem Aufstieg aus unteren gesellschaftlichen Verhältnissen und seinen ersten Erfolgen feindeten Konkurrenten und Wissenschaftler Diesel und seine Erfindung an.«

Als friedensbewegter Ingenieur muss ich gestehen, dass dies einer der beeindruckendsten Dokumentar-Filme ist, an die ich mich erinnern kann. Seit dem Beginn meiner wissenschaftlichen Tätigkeit vor fast fünfzig Jahren haben mich Persönlichkeiten in den Bann gezogen, die die Ergebnisse ihrer Arbeit für vernünftige Zwecke eingesetzt wissen wollten, d.h. nicht für Rüstung und Krieg. Es ist mir bisher völlig unbekannt gewesen, dass Rudolf Diesel genau eine solche großartige Persönlichkeit gewesen ist. Am einfachsten ist es, sich den Film im Podcast [2] anzuschauen.

Nachfolgend wichtige Gedanken des Filmautors möglichst wortgetreu zusammen gefasst und einige Überlegungen dazu im Jahre 100 nach Beginn des 1. Weltkriegs. Kaiser Wilhelm II., seine Generalität und die Wirtschaftsrößen planten in dieser Zeit ein gigantisches Flottenprogramm mit dem Ziel, die deutschen Großmachtpläne zur See umzusetzen. Die Marine versprach sich von dem bahnbrechenden neuen Motor vor allem eine größere Reichweite der Kriegsschiffe.

Und jetzt kommt das total Überraschende. Diesel ließ die Marine wissen, dass sein Motor nicht für kriegerische Zwecke zur Verfügung steht. Seine gesellschaftspolitischen Vorstellungen hatte er in einem Buch mit dem Titel "Solidarismus" niedergelegt. Der Filmautor kommentiert dazu, dass sich Diesel damit für eine antikapitalistische Gesellschaft ausgesprochen habe. Diese Charakterisierung ist aller Ehren wert und entspricht den heutigen Erkenntnissen, war jedoch nicht Diesels Intention. Er wollte nicht den Kapitalismus überwinden, sondern mittels billiger und leistungsfähiger Technik so umgestalten, dass die Welt von Armut befreit wird. Er wollte eine genossenschaftliche Gesellschaftsordnung mit innovativer Technik, in heutiger Sprechweise einen „friedlichen Kapitalismus“. Darin hatten Großmachtpläne und Krieg keinen Platz.

Bei der Überfahrt am 29.09.1913 nach England, wo er zum Missfallen des deutschen Militärs eine Motorenfabrik einweihen wollte und sich Hoffnung auf neue geschäftliche Beziehungen machte, stirbt er. Gegen die Selbstmord-These hat Viktor Glass im biografischen Roman über Diesel „Technik ist mir in die Wiege gelegt“ (Rotbuch-Verlag, 2008) [3] wichtige Argumente zusammen getragen. Kriegswichtiges Wissen sollte unter keinen Umständen ins Ausland gelangen. Rudolf

Diesel, ein genialer Ingenieur und selbstloser Erfinder, der die neue Technik nicht für den Krieg, sondern für das Wohl aller eingesetzt wissen wollte.

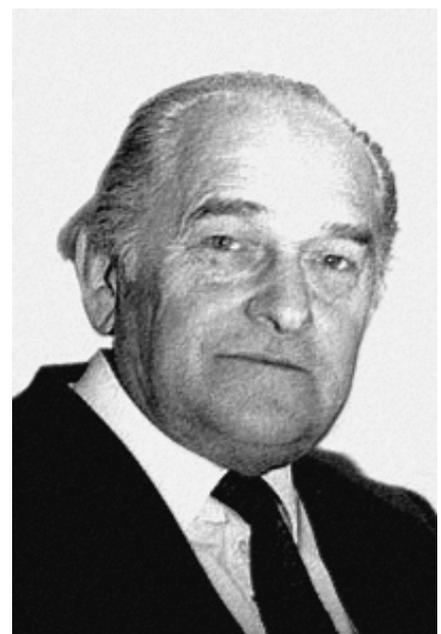
Zum 100. Todestag von Rudolf Diesel veröffentlichte die Rhein-Neckar-Zeitung unter dem Titel „Der Tag, an dem Rudolf Diesel verschwand. Vor 100 Jahren - Rätselhafter Tod eines Motoren-pioniers“ [4] einen interessanten Beitrag, aus dem ich die nachfolgenden Passagen zitieren möchte: »Jeder kennt ihn als Erfinder unverwüstlicher Motoren und als Namensgeber einer eigenen Kraftstoffsorte: Rudolf Diesel. Doch so bekannt sein Leben und Werk auch sind, sein Tod bleibt bis heute rätselhaft. Vor 100 Jahren, in der Nacht des 29. September 1913, verschwand er unter mysteriösen Umständen von einer Fähre über den Ärmelkanal ..... Auch Viktor Glass, Autor des 2008 erschienenen biographischen Romans "Diesel", glaubt, dass der Erfinder wegen des Verkaufs der Dieselmotorenteknik an das Ausland beseitigt wurde. Zudem betont Glass das soziale Engagement des Ingenieurs, das er 1903 in seinem Buch "Solidarismus, eine natürliche wirtschaftliche Erlösung der Menschen" zeigte. Er propagierte seine Vorstellungen einer genossenschaftlichen Gesellschaftsordnung, seine Motoren habe er nicht an kriegslüsterne Militärs ausliefern wollen. .... Als Auftraggeber für den Mord vermutet Glass den deutschen Kaiser Wilhelm II., der sich durch die Dieselmotortechnik für den sich bereits abzeichnenden Ersten Weltkrieg einen technischen Vorsprung gegenüber den Kontrahenten versprach und keinen Verkauf der Patente an andere Nationen wünschte.«

Wir leben in Zeiten, in denen erneut eine weltmachtpolitische Größe Deutschlands angestrebt wird. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen die dafür notwendige moderne Kriegstechnik für Bundeswehr-, EU- und NATO-Truppen erforschen und erfinden. Als ob nichts gelernt wurde aus der Geschichte, hält Bundespräsident Gauck in der sog. „Sicherheits“-Konferenz in München eine kriegspolitische Brandrede. Wissenschaftler halten ihren Beitrag dazu für die selbstverständlichste Sache der Welt, wie zum Beispiel in der Bayern-Staatszeitung unter dem Titel „Lukrative Aufträge vom Verteidigungsministerium. Rüstungsforschung an Hochschulen: Warum die Unis kein Problem damit haben.“ nachgelesen werden kann [5].

Eine Antwort an Gauck hat die Kooperation für den Frieden verfasst [6]. Die Hoffnung, dass es trotz alledem gelingen möge, das Zivile gegen das Militärische durchzusetzen, dürfen wir uns nicht aus dem Kopf nehmen lassen. Es kann und muss gelingen, alle Strömungen gegen die Militarisierung zu vielfältigen Formen der Kooperation für konkrete Vorhaben zu bringen mit unternehmerische Geistern wie Rudolf Diesel, Gewerkschaftlern, Studierenden und im Bildungsbereich Tätigen, Friedensbewegten, Pazifisten und Antimilitaristen.

Vom Karlsruher Institut für Technologie KIT, in dessen Vorläufer Forschungszentrum ich ein Leben lang als Wissenschaftler, Gewerkschaftler und Betriebsrat gewirkt habe, würde ich mir wünschen, dass dort eine ähnlich erfinderische Persönlichkeit mit sozialer Verantwortung wie Rudolf Diesel heran wächst und an die Öffentlichkeit tritt. Das braucht eine große innere Kraft. Ein einziges Beispiel jedoch eines begnadeten Wissenschaftlers oder Ingenieurs genügt, um sichtbar zu machen, dass es möglich ist, dem von Rüstungsindustrie, Gauck, Steinmeier, von der Leyen usw. geprägten neukriegerischen Zeitgeist zu widerstehen.

Eine solche Persönlichkeit gab es am KIT-Vorläufer Universität Karlsruhe, den Physiker Werner Buckel (\* 18.05.1920 in Nördlingen; † 03.02.2003 in Karlsruhe). In der Tagung am 15./16. Juni 2012 „Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ [7] hatte Reiner Braun in seiner Laudatio den begnadeten Grundlagenforscher und praktizierenden Friedenswissenschaftler gewürdigt und dessen Botschaft so zusammen gefasst: »Was hat uns Werner Buckel heute zu sagen? Das klare NEIN zur Rüstungsforschung. Militärische Forschung gehört nicht an die Hochschulen. Verzicht auf Forschungsaufträge militärischer Stellen. Keine Zustände wie in den USA, wo in den Hochschulen für reine Grundlagenforschung Geld von Agencies der Army oder der Navy genommen wird. Offenlegung der Mittel von dritter Seite für Forschungsaufgaben der Hochschulen. Keine Arbeiten an den Hochschulen, die geheim gehalten werden müssen. Diese



Physiker und Friedenswissenschaftler  
Werner Buckel NRhZ-Archiv

gehören entweder in die Labors der Industrie oder im Fall von militärischer Geheimhaltung jedenfalls nicht in die Hochschulen. .... Werner Buckel ist ein Vorbild für alle Studierenden und WissenschaftlerInnen. Er kann als einer der Väter der Zivilklausel angesehen werden. Der von ihm hier an der Universität Karlsruhe vor 25 Jahren am 27./28. Juni 1987 organisierte Kongress gegen Rüstungsforschung war übrigens das Motiv für Ort und Terminwahl dieser Tagung. .... Gesellschaftlich engagiert und guter WissenschaftlerInnen zu sein, Werner Buckel hat es vorgemacht. Beides bedingt sich: Verantwortung des Wissenschaftlers und Wissenschaft in Verantwortung.«

Einschub aus Gründen der Aktualität zum Zitat: „Keine Zustände wie in den USA, wo in den Hochschulen für reine Grundlagenforschung Geld von Agencies der Army oder der Navy genommen wird.“ Es hat sich gerade herausgestellt, dass jede Menge deutsche Hochschulen von US-Militärs für sogenannte Grundlagenforschung Geld genommen haben [8]. Für ein am KIT noch laufendes derartiges Projekt hat die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten die unverzügliche Beendigung verlangt [9]. Die LINKE Bundestagsfraktion hat diese Forderung sowie die Einführung der Zivilklausel in einem Offenen Brief an das KIT-Präsidium unterstützt [10].

Rudolf Diesel, ein neu entdecktes Vorbild für die Jugend und für alle Friedensbewegten weltweit. Gemeinwohlorientierung und Antikriegshaltung gehören zusammen wie das auch von Werner Buckel vorgelebt wurde. Wenn dieser als einer der Väter der Zivilklausel angesehen wird, so gilt das auch für Rudolf Diesel. Möge die Friedensbewegung den Motorenpionier in ihr Herz schließen. (PK)

### **Termine:**

Am 21./22. Februar 2014 findet in Köln die 11. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden "1914-2014: 100 Jahre Krieg - 100 Jahre Pazifismus und Friedensbewegung" statt mit Grässlin, Braun, Buro, Butterwegge und Schädel [11].

Am 16.-18. Mai 2014 [12] findet in der Uni Potsdam die Konferenz „100 Jahre 1. Weltkrieg. Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden. Militarismus und Militarisierung von Wissenschaft und Forschung damals und heute“ statt mit Altvater, Ghoshroy, v. Weizsäcker, Scheffran, Tepe und Wette. Veranstalter: NatWiss mit den ASten UP, FU und TU.

### **Quellen:**

[1] <http://www.phoenix.de/content/801166?datum=2014-02-06&rssuid=790811>

[2] <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1214258/Das-Diesel-Raetsel#/beitrag/video/1214258/Das-Diesel-Raetsel>

[3] <http://www.lyrikwelt.de/rezensionen/diesel-r.htm>

[4] [http://www.rnz.de/rnzmagazin/00\\_20130929215723\\_107419371-Der\\_Tag\\_an\\_dem\\_Rudolf\\_Diesel\\_verschwand.html](http://www.rnz.de/rnzmagazin/00_20130929215723_107419371-Der_Tag_an_dem_Rudolf_Diesel_verschwand.html)

[5] <http://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/politik/detailansicht-politik/artikel/lukrative-auftraege-vom-verteidigungsministerium.html>

[6] [http://www.koop-frieden.de/fileadmin/Pressemitteilungen/PM\\_Koop-Frieden\\_FB\\_antwortet\\_Gauck\\_\\_04.02.2014\\_.pdf](http://www.koop-frieden.de/fileadmin/Pressemitteilungen/PM_Koop-Frieden_FB_antwortet_Gauck__04.02.2014_.pdf)

[7] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf>

[8] [http://www.ndr.de/geheimer\\_krieg/geheimerkrieg251.pdf](http://www.ndr.de/geheimer_krieg/geheimerkrieg251.pdf)

[9] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19968>

[10] <http://www.nicole-gohlke.de/index.php/bundestag/fraktion/618-brief-an-kit-praesidium-zivilklausel-jetzt>

[11] <http://www.koop-frieden.de/sub/strategiekonferenz-2014-in-koeln.html>

[12] [http://www.natwiss.de/fileadmin/user\\_upload/Konferenz\\_Potsdam\\_Flyer\\_Stand\\_140116\\_web.pdf](http://www.natwiss.de/fileadmin/user_upload/Konferenz_Potsdam_Flyer_Stand_140116_web.pdf)

### *Über den Autor:*

*Dr.-Ing. Dietrich Schulze (Jg. 1940) war nach 18-jähriger Forschungstätigkeit im Bereich der Hochenergie-Physik von 1984 bis 2005 Betriebsratsvorsitzender im Forschungszentrum Karlsruhe. 2008 gründete er mit anderen in Karlsruhe die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten (WebDoku [www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf](http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf)) und ist heute deren SprecherInnenkreismitglied. Er ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit sowie in der Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ und publizistisch tätig.*

# Vier Vorbilder für die studentische Jugend zum Nachdenken im Jahre 100 nach dem 1. Weltkrieg

**Ein Historiker, ein Physiker, ein Mathematiker und ein Ingenieur**



**Reinhard Kühnl (1936-2014)**  
[Begründendes Textbeispiel](#)



**Werner Buckel (1920-2003)**  
[Begründendes Textbeispiel &](#)



**Erich Kamke (1890-1961)**  
[Begründendes Textbeispiel](#)



**Rudolf Diesel (1858-1913)**  
[Begründendes Textbeispiel](#)

**Grußwort zur Aktionskonferenz ‚Aufstehen für militärfreie Schulen und Hochschulen‘ am 22. Januar 2014 im ver.di-Haus Stuttgart**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Friedensfreundinnen und -freunde einer aktiven Zivilgesellschaft!

„Es gibt keinen Weg zum Frieden – Frieden ist der Weg!“. Dieses Zitat, das Mohandas K. Gandhi zugeschrieben wird, verdeutlicht klar, was unsere Reise sein kann. Wir müssen klar machen, wofür wir stehen und damit einschließen, wogegen wir votieren! Denn Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg oder eine wie auch immer geartete Sicherheit. Vor dem Hintergrund der mahnenden deutschen Geschichte geht es darum, konstruktive Alternativen der Konfliktlösung jenseits (militärischer) Gewalt als pragmatische Visionen lebbar zu machen.

Auf der Jahrestagung des Versöhnungsbundes im Jahre 2012 in Arendsee nahm ich zum ersten Mal bewusst das Thema ‚Zivilklausel‘ wahr und realisierte bei meiner Rückkehr an meinen Hochschulstandort mit anderen Augen, in was für einer Region ich eigentlich lehre und forsche. Daher kontaktierte ich verschiedene meiner Kolleg\_innen, bei denen ich von einer pazifistischen Grundhaltung ausging, und kurz darauf entstand der interdisziplinäre Arbeitskreis Frieden. In diesem versuchen wir zu klären, was wir unter einer aktiven Zivilgesellschaft verstehen, was in diesem Zusammenhang Zivilcourage bedeutet und wie wir dies in die Hochschulöffentlichkeit bringen können.

Seit Herbst 2012 haben wir Anläufe im Senat und auf Fakultätsebene unternommen, die Grundordnung der PH Weingarten um eine Präambel zu erweitern und darin den Passus einer Zivil-/Friedensklausel – angelehnt an Formulierungen anderer Hochschulen – zu verankern:

„[...] Durch die aktive Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, durch die Chancengleichheit aller Hochschulmitglieder in allen Bereichen, durch ihr Selbstverständnis als gesellschaftlicher Impulsgeber und durch ihre Verpflichtung auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung versteht sich die PH Weingarten als Ort der Begegnung und wertschätzenden Kommunikation. Lehre, Forschung, Studium und Weiterbildung sollen ausschließlich friedlich-zivilen Zwecken dienen, die das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“

Darüber hinaus umfasst der Antrag eine aktive Unterstützung hochschulöffentlicher Debatten zu friedenspolitischen Themen im Horizont der Nachhaltigkeit und internationalen Gerechtigkeit sowie die Forderung nach Etablierung einer konstruktiven Streit- und Konfliktkultur (z.B. durch Fort- und Weiterbildungen) für alle Mitglieder der Hochschule.

Über diese Initiative ist auch in der Schwäbischen Zeitung berichtet worden<sup>1</sup> und es hat ein großes Echo durch Zuschriften der Lesenden an die Zeitung gegeben. In den Zuschriften wird deutlich, dass in der Öffentlichkeit ein großes Interesse an Transparenz herrscht, was in Hochschulen als öffentlichen Einrichtungen in Forschung und Lehre passiert.

Unser Anliegen löste zunächst bei manchen Kolleg\_innen Unverständnis aus, da wir doch ‚keine Waffen produzierten‘, wo sei also der Nutzen einer solchen Initiative? Wir arbeiten an der Schärfung des Bewusstseins der Hochschulmitglieder, dass Kriegspolitik nicht an den Werkbänken der Unternehmen in der Region beginnt, sondern in den Köpfen derer, die eine solche Produktion hinnehmen und sich einer Politik anvertrauen, die Frieden mit Sicherheit gleichsetzt. Unsere Studierenden sind mit Heranwachsenden konfrontiert, die konstruktive Konfliktlösungen kennen lernen sollen, um demokratisch zu handeln. Sie leben gleichzeitig in einer Region, in der Kriege durch Rüstungsproduktion mit vorbereitet werden. Unsere Forschung und unsere Tagungen sind zunehmend auf Drittmittel angewiesen, die eben auch von Unternehmen aus der Region stammen können, die zu einer großen Zahl Waffen produzieren.

Die Mündigkeit des Menschen ist das übergeordnete Ziel von Erziehung und Bildung, um eine lebendige Demokratie zu ermöglichen. In diesem Sinne ist es die Aufgabe einer bildungswissenschaftlichen Hochschule, angehende Pädagog\_innen in die Lage zu versetzen, die Entwicklung von Mündigkeit bei sich und ihren Adressat\_innen, ‚selbstbestimmt, mitbestimmend und solidarisch‘ (Klafki) zu fördern. Grundlegend ist eine ethische Selbstverortung, um reflexive Eigenverantwortung und Courage für Partizipation in einer streitbaren Demokratie leben zu können. Letztlich geht es darum, den Wert der Menschlichkeit des Menschen zu erkennen, dafür einzutreten und Entwicklungen zu erkennen, die einer humanen Wertegemeinschaft entgegenwirken. Es ist notwendig, sich immer wieder neu rückzuversichern, was mit Frieden, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, also der Bewahrung der Schöpfung gemeint ist.

An unserer Hochschule haben wir die Situation, dass es zwischen Befürworter\_innen und -gegner\_innen einer Friedensklausel keine unüberwindbaren persönlichen Gräben gibt. So ist eine Debatte möglich, die sich auf die Sache konzentriert und in der sich die Beteiligten um einen konstruktiven Dialog auf Augenhöhe bemühen.

Dass die Bundeswehr zunehmend auch in Schulen und Hochschulen präsent sein soll, ist nicht nachvollziehbar. Welchem gesellschaftlichen

---

<sup>1</sup> [http://www.schwaebische.de/region/oberschwaben/weingarten/stadtnachrichten-weingarten\\_artikel,-Professor-will-Forschung-fuer-Militaer-ausschliessen-\\_arid,5519145.html](http://www.schwaebische.de/region/oberschwaben/weingarten/stadtnachrichten-weingarten_artikel,-Professor-will-Forschung-fuer-Militaer-ausschliessen-_arid,5519145.html);

[http://www.schwaebische.de/region/oberschwaben/weingarten/stadtnachrichten-weingarten\\_artikel,-Studenten-sind-uneins-ueber-Zivilklausel-\\_arid,5539591.html](http://www.schwaebische.de/region/oberschwaben/weingarten/stadtnachrichten-weingarten_artikel,-Studenten-sind-uneins-ueber-Zivilklausel-_arid,5539591.html)

Akteur wird dieses Privileg noch eingeräumt? Wenn es stimmt, was die Ministerin von der Leyen sagt, dass die Bundeswehr ein familienfreundliches Unternehmen werden soll, stellt sich die Frage, warum gerade dieses Unternehmen einen besonderen Zugang zur Bildungsarbeit bekommen soll.

Hochschulen und Schulen müssen ein Diskursfeld bleiben, das Freiheit in Frieden gewährleistet. Niemand ist gezwungen, Rüstungsforschung zu betreiben oder Bundeswehr-bejahende Lehre zu veranstalten. Ob dies eine Einschränkung der Freiheit von Lehre und Forschung bedeutet, ist umstritten. Festzuhalten ist, dass in Deutschland nicht alles erforscht werden darf, was erforschbar ist. Vor dem Hintergrund menschenverachtender Phasen der deutschen Geschichte, gibt es klare Einschränkungen dessen, was wissenschaftlich möglich ist (z.B. Menschen-/Tierversuche). Denn es werden ethische Fragen berührt, die einer Demokratie zuwider laufen. Warum soll es im Falle des Friedens anders sein?

Ich wünsche der Aktionskonferenz einen Streitbar-konstruktiven Verlauf.

### **Anmerkung Dietrich Schulze:**

Prof. Dr. phil. Dr. habil. Gregor Lang-Wojtasik [1] ist Erziehungswissenschaftler und Studiendekan an der PH Weingarten. Er setzt sich für eine Zivilklausel an der PH ein, wie die Schwäbische Zeitung am 22.10.2013 berichtete [2].

Der katholische Theologe und Dekan an der PH, Prof. Dr. Lothar Kuld [3], sprach unter dem Motto „Lernen für den Krieg. Diskussion um die Friedensklausel an Hochschulen“ über die Frage „Braucht die Pädagogische Hochschule in Weingarten eine Zivilklausel?“ Daniel Drescher resümiert dessen Position in der Schwäbischen Zeitung am 22.01.2014 [4] so:

„Eine Zivilklausel würde der PH gut tun. Sie würde das Bewusstsein für die Ausrichtung und Zwecke der Hochschule schärfen. Und die können in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft nur zivil sein. Dazu sollten wir unsere Jugend erziehen.“ Und selbst wenn er mit der Klausel scheitern sollte: „Wichtig ist bereits der Weg dorthin, und dass wir darüber diskutieren.“

[1] <http://www.ph-weingarten.de/erziehungswissenschaft/lehrende-lang-wojtasik.php>

[2] [http://www.schwaebische.de/region/oberschwaben/weingarten/stadtnachrichten-weingarten\\_artikel,-Professor-will-Forschung-fuer-Militaer-ausschliessen-\\_arid,5519145.html](http://www.schwaebische.de/region/oberschwaben/weingarten/stadtnachrichten-weingarten_artikel,-Professor-will-Forschung-fuer-Militaer-ausschliessen-_arid,5519145.html)

[3] <http://www.ph-weingarten.de/theologie/ProfDrLotharKuld.php>

[4] [http://www.schwaebische.de/region/oberschwaben/weingarten/stadtnachrichten-weingarten\\_artikel,-Die-Zivilklausel-bleibt-umstritten-\\_arid,5573509.html](http://www.schwaebische.de/region/oberschwaben/weingarten/stadtnachrichten-weingarten_artikel,-Die-Zivilklausel-bleibt-umstritten-_arid,5573509.html)

# Lernen für den Frieden

Keine Rüstungsindustrie und kein Militär in Bildungseinrichtungen



## Unterschriftenkampagne verlängert!

Die Kampagne ist zunehmend in Fahrt gekommen. Daher wird Abgabe der Unterschriften verschoben und weiter gesammelt! **12.2.14 Stand 10.015 Unterschriften**

2014 jährt sich der Beginn des 1. Weltkrieges zum hundertsten mal, der des 2. Weltkrieges zum 75. mal. Die Aufgabe, mit den Waffen des Geistes dem Geist der Waffen Einhalt zu gebieten und eine Welt des Friedens und der Freiheit zu bauen, bleibt. Wir planen daher die Unterschriften bei der Kultusministerkonferenz am **9. Oktober 2014** abzugeben. Bis dahin wollen wir mit hoffentlich mehreren 10.000 gesammelten Unterschriften der breiten Ablehnung von Rüstungsforschung und Krieg Ausdruck verleihen und für eine Kehrtwende wirken.

Unterschriftensammlung des Arbeitskreises Zivilklausel und anderer Kölner Friedensbewegten im Rahmen der Antimilitaristischen Aktionstage am 14. Juni 2013.



Unterschriftensammlung des Friedensbündnisses [Karlsruhe](#) under der [Initiative](#) gegen Militärforschung an Universitäten im Rahmen der Antimilitaristischen Aktionstage am 15. Juni 2013.



# »An Schulen und Hochschulen ansetzen«

Gegen Bundeswehr im Bildungswesen: Die Aktion »Lernen für den Frieden« hat 10 000 Unterschriften. Ein Gespräch mit Roland Blach

Die Tageszeitung

# Junge Welt

Gegründet 1947 · Mittwoch, 26. Februar 2014 · Nr. 48 · 1,30 Euro · PVSt A11002 · Entgelt bezahlt

<http://www.jungewelt.de/2014/02-26/053.php>

**Ihre Kampagne »Lernen für den Frieden« hat soeben die Marke von 10 000 Unterstützerunterschriften überschritten. Was und wen wollen Sie mit dieser Aktion erreichen?**

Im Kern geht es darum, eine öffentliche Debatte darüber in Gang zu setzen, welche Verantwortung Bildung und Wissenschaft zur Beseitigung von Krieg sowie zur Förderung ziviler Konfliktlösung zukommt. Die verschiedenen landesweiten Kampagnen wie »Schulfrei für die Bundeswehr« geben dafür wertvolle Impulse. Der Titel eines alten Faltblatts der Deutschen Friedensgesellschaft von 1982 bringt es auf den Punkt: »Kriege werden im Schulzimmer erzeugt, lange bevor sie im Schulzimmer besprochen werden.«

Wir müssen die Vorbereitung, Akzeptanz und Bagatellisierung von Kriegen entlarven. Genau deswegen ist es notwendig, in Schulen und Hochschulen anzusetzen. Dort müßten die Grundlagen für eine friedliche Entwicklung gelegt werden, mit Zivilklauseln und der Förderung der Friedensbildung. Die Unterschriftenlisten dienen dazu, mit der Mehrheit der Bevölkerung, die sich gegen Krieg und Aufrüstung ausspricht, ins Gespräch zu kommen.

**Welche Reaktionen gab es bisher bei der Unterschriftensammlung auf der Straße?**

Unterschiedliche. Viele Bürger sind interessiert und werden mit der Kampagne erst auf das Problem der Militarisierung des Bildungswesens gestoßen – und die wird größtenteils abgelehnt. Unsicherheit besteht darüber, ob es für uns als Bevölkerung überhaupt möglich ist, an den Zuständen etwas zu ändern und zu einer friedlichen Welt beizutragen.

**Viele Universitäten haben die von der Kampagne geforderten Zivilklauseln, die militärische Forschung an Universitäten verhindern sollen, in ihren Grundordnungen verankert. Oft sind die Klauseln aber schwammig formuliert, und Militärforschung wird trotzdem betrieben. Wie wollen Sie das verhindern?**

Voraussetzung dafür ist, daß die Wissenschaft demokratisch entwickelt werden kann. Dafür sind die Diskussion an Ort und Stelle sowie

Transparenz nötig – das heißt, daß alle Drittmittelvorhaben schon vor Beginn des Projekts zumindest innerhalb der jeweiligen Hochschule bekanntgegeben werden. Und zwar mit Informationen über Geldgeber, Zeitraum, Projektverantwortlichkeit, Finanzvolumen, Zielsetzung und Fragestellung.

**Glauben Sie wirklich, daß Sie die regierenden Politiker mit der Kampagne und der Unterschriftensammlung beeindrucken und zu friedlicherer Bildung bewegen können?**

Ich drehe die Frage einmal herum. Warum wurde im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD explizit die Attraktivitätsoffensive der Bundeswehr erwähnt? Warum wurde dort formuliert: »Die neue Bundesregierung unterstützt und begrüßt, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von dem Angebot von Jugendoffizieren Gebrauch machen«? Oder warum heißt es dort, daß der »Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen« selbstverständlich sei? Schon jetzt also wird die Bewegung für militärfreie Bildung und Forschung wahrgenommen – nämlich von der Rüstungsindustrie und den ihr nahestehenden Politikern.

**Die Unterschriften sollen erst bei einer Kultusministerkonferenz im Oktober übergeben werden. Was ist bis dahin geplant?**

Wir haben noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, um noch mehrere zehntausend Unterschriften zusammenzubekommen. Das wollen wir unter anderem dadurch erreichen, daß die Listen Zeitungen von Unterstützerorganisationen beigelegt werden. Bei den vielen Veranstaltungen der Friedensbewegung anläßlich »100 Jahre 1. Weltkrieg« soll aktiv dafür geworben werden.

Gerade in diesem Gedenkjahr ist es wichtig, was der emeritierte Professor und Historiker Wolfram Wetze im Geleitwort zur Streitschrift »Jetzt entrüsten« schrieb: »Heute ist es an der Zeit, daß die deutsche Zivilgesellschaft den Vertretern, Planern und Machern der militärischen Interventionspolitik die rote Karte zeigt und klarmacht, daß in Deutschland nur noch gewaltfreie Methoden der Konfliktbearbeitung akzeptiert werden.«

**Interview: Michael Schulze von Glaßer**

◆ [www.lernenfuerdenfrieden.de](http://www.lernenfuerdenfrieden.de)



**Roland Blach ist Landesgeschäftsführer der »Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen« (DFG-VK) Baden-Württemberg. Er arbeitet mit in der Kampagne »Lernen für den Frieden«**